V. b. b. Zeitung vom Verleger versendet „Journal expédie par l'éditeur"

1. Jahrgang · Nr. 5 · Preis 20 Groschen · 6 Seiten

der Judenstaat

zionistisch-revisionistisches Organ

Erscheint wöchentlich

Abonnement-Preis: Oesterreich: vierteljährig Schilling 2·40, halbjährig Schilling 4·50, ganzjährig Schilling 8·50 / Polen: vierteljährig Zloty 3·— Tschechoslowakei: vierteljährig Kc. 12·— / Schweiz und übrige Länder: vierteljährig Schweizer Franc 2·40 / Oesterr. Postsparkassenkonto B-11.035

Wien, Freitag, den 23. Juni 1933
וינה, ביום ו׳ כ״ט סיון תרצ״ג

Redaktion und Administration: Wien, 9., Berggasse Nr. 16 · Telephon Nr. A-17-5-40

Dr. Chaim Arlosoroff

Das Mitglied der palaestinensischen Zionistischen Exekutive Dr. Chaim Arlosoroff ist Freitag, den 16. Juni in Tel-Aviv erschossen worden. Dr. Arlosoroff befand sich mit seiner Frau auf einem Spaziergang, als gegen 11 Uhr abends beim mohamedanischen Friedhof zwei unbekannte Maenner auf ihn zutraten und ihn anredeten. Einer der Unbekannten feuerte zwei Schüsse auf Dr. Arlosoroff ab. Dr. Arlosoroff wurde schwer verletzt ins Spital gebracht, wo er gegen 1 Uhr nachts verschied.

Sonntag, den 18. Juni wurde Dr. Arlosoroff unter riesiger Beteiligung aus allen Kreisen der palaestinensischen Judenheit und bei Anwesenheit der in- und auslaendischen Behörden bestattet.

*

Der Leiter der zionistischen Politik in Palästina ist von meuchelmörderischer Hand niedergestreckt worden. Ein ruchloser Mord in Erez-Israel, am Meeresstrande der jüdischen Stadt Tel-Awiw! Die Mörder sind spurlos entkommen. Weit und breit am Rande des Stadtgebietes kein Schatten der Ordnungsgewalt, obwohl in nächster Nähe die ausgedehnten arabischen Orangengärten beginnen — altbewährte Schlupfwinkel, von denen aus schon mehr als einmal organisierte Ueberfälle auf den Jischuw unternommen wurden. Es ist dies innerhalb eines Jahres der vierte Mordüberfall auf Juden in Palästina, ohne daß es den Sicherheitsbehörden gelang, der Täter habhaft zu werden.

Die Judenheit der ganzen Welt ist ob dieses heimtückischen Mordes an einem jüdischen Politiker im Judenlande von tiefstem Schmerz ergriffen. Die Regierung Palästinas setzt ihr letztes Prestige aufs Spiel, wenn sie auch diesmal versagte und die Mörder straflos blieben. Es ist die Tragik der Situation, daß die jüdischen Arbeiterparteien, zu deren fähigsten Führern Dr. Arlosoroff gehörte, erst jetzt auf das von den Zionisten-Revisionisten seit Jahren bemängelte Sicherheitswesen im Lande aufmerksam werden.

Vielleicht wird aus dieser Tragik der einheitliche Wille der zionistischen Tat werden, in den Verhandlungen mit der britischen Mandatarmacht und mit dem Völkerbunde dem Sicherheitsproblem alle Sorgfalt zu widmen.

Vladimir Jabotinsky über Dr. Arlosoroff und das an ihm verübte Verbrechen

Jabotinsky veröffentlicht in der jüdischen Presse nachstehende Bemerkungen zu dem schändlichen Verbrechen an Dr. Arlosoroff:

Ich habe Dr. Arlosoroff persönlich nur wenig gekannt, aber der Eindruck, den ich von ihm erhielt, war zunächst der eines Mannes von großem Ernst. Vielleicht werde ich nicht fehl gehen, wenn ich sage, daß sich in seiner Persönlichkeit die wichtigen Elemente seiner ostjüdischen Abstammung und seiner westeuropäischen Erziehung aufs glücklichste amalgamierten: die Elemente gründlichen Lernens und gründlichen Denkens, starker Disziplin des Intellekts und des gesellschaftlichen Handelns. Arlosoroff war ohne Zweifel ein Mann aus jenem Stoff, aus dem europäische Staatsmänner gekneten werden, Staatsmänner der alten, der Vorkriegs-Schule, die sich dadurch auszeichnet, daß in ihr die Vernunft, die Logik, die Berechnung gegenüber dem Schwung und der Phantasie die Vorherrschaft hat.

Die Ansichten darüber, welcher Typ von Staatsmann für die heutige Zeit geeigneter ist, gehen auseinander, aber sicher ist eines: der der alten Schule besitzt seinen hohen Wert. Und der tragisch gefallene, überaus begabte und überaus gebildete Mann hätte noch eine wichtige Rolle im jüdischen Palästina spielen können. Sein Tod ist ein großer, betrüblicher Verlust nicht nur für seine Parteifreunde.

Die Umstände des Verbrechens, soweit man sie aus den ersten kurzen Nachrichten beurteilen kann, sind eine bittere Illustration zu den optimistischen Bemerkungen über den zufriedenstellenden Sicherheitszustand in Palästina, die wir soeben im Bericht des Oberkommissärs an die Mandatskommission gelesen haben. Der mohamedanische Friedhof, bei dem das Verbrechen geschah, liegt zwei Schritte von den Tel-Awiwer Straßen entfernt. Es ist für jeden klar, daß hier ein Punkt ist, wo eine verstärkte Polizeiwache stehen müßte. Die Tel-Awiwer Polizei ist aber leider seit langem nicht mehr in jüdischen Händen.

Es wird geschossen, man flüchtet und verschwindet, wie in einem Wald — im Balfour-Wald zum Beispiel, den dieselbe oder fast dieselbe Hand anzünden durfte, ohne gesehen und ergriffen zu werden . . .

In letzter Minute:

Das Alibi des verhafteten Kaspi

Jerusalem, 21. Juni

Spezialtelegramm des «Judenstaat»

Der des Mordes an Dr. Arlosoroff beschuldigte junge radikal-revisionistische Schriftsteller Kaspi hat der Polizei ein Alibi erbracht, das lückenlos erscheint.

Die Ueberprüfung dieses Alibis ist im Gange.

VERSAMMLUNGSKALENDER des Landesverbandes der Zionisten-Revisionisten

Mittwoch, 28. Juni,
Restauration «Marien-Saele», 18., Reindorfgasse Nr. 3, Vortrag
Dr. Wolfgang v. Weisl (Jerusalem) **und Dr. Willy Perl**
Anfang halb 9 Uhr abends

Anfangs Juli Vortrag Vladimir Jabotinsky in den Sofiensälen

Kartenvormerkung: (S —·50 bis S 3·—) im Sekretatariat, IX., Berggasse Nr. 16

Sturmzeichen

p. h. Wien, 21. Juni

Der Schuß am arabischen Friedhof bei Tel-Aviv, der den politischen Leiter der Zionistiscsen Exekutive in Palästina Dr. Chaim Arlosoroff niederstreckte, ging zwei Tage vor der diesjährigen Session der Mandatskommission des Völkerbundes los. Der Bericht des britischen Hochkommissars an den Völkerbund über die Verwaltungstätigkeit in dem Lande, dem er als Treuhänder vorsteht, erhält durch diesen Schuß eine ungewöhnlich grelle Kommentierung. Die feingesponnene diplomatische Hülle, die einige Tage vorher vielleicht noch geeignet gewesen wäre, den unverhältnismäßig derberen Inhalt zu verdecken, dürfte angesichts der Sturmzeichen, deren eines dieser todbringende Schuß ist, zerreißen. In den Verhandlungssaal der Mandatskommission dringt jene Atmosphäre ein, die ein immer wieder unkenntlich gemachtes, doppelgesichtiges Intriguenspiel klar erkennen macht, ein Spiel, das mit der grausamsten Not und den heiligsten Idealen des jüdischen Volkes in zynischer Ruhe spielt.

Der britische Hochkommissar beruft sich in seinem Jahresbericht, insoferne er politische Maßnahmen ankündigt, auf das Weißbuch vom Jahre 1930. Das ist jenes Weißbuch des Labour-Ministers für die Kolonien Lord Passfield, das in der ganzen jüdischen Welt einen Sturm der Entrüstung erregt und diese zu einer Abwehrstellung gegen England gedrängt hat, wie sie in solchem Ausmaß nie dagewesen war. Seither hat die britische Regierung die Taktik des Beschwichtigens und des Hinziehens befolgt, hat ein freundliches Gesicht gemacht und den jüdischen Unterhändlern durch ein paar tausend Einwanderungszertifikate und ähnliches schön getan. Sie scheint nun die Zeit wieder für reif zu erachten, um die in den Jahren 1929—30 begonnene antizionistische Offensive fortzusetzen. Vor allem kündigt sie die Einführung des Legislative Council an. Dieses berühmte Parlamentsprojekt, das, wie die Dinge heute liegen, durch arabische Mehrheit ausgezeichnet sein muß, ist der gesetzwidrigste, infamste Schachzug aller Antizionisten, da es sich mit „demokratisch"-jesuitischer Argumentation aufzäumen läßt. Mit frivoler Hinwegsetzung über die Grundsätze des Mandats, der gemäß in erster Linie alles zu tun ist, um ein Jüdisches Nationalheim in Palästina zu errichten, wird die gegenwärtige Bevölkerungsstruktur des Landes als Grundlage seiner politischen Konstitution genommen, also etwas getan, was den Mandatssinn in sein Gegenteil verwandelt. Von diesem Punkt aus bewegt sich die Linie dieses Berichts, der sich wie auf das Weißbuch von 1930 auch noch auf den French-Plan beruft, auf jenen Plan für den das Jüdische Nationalheim bereits abgeschlossen ist und alle Fürsorge der Administration den Arabern zu gelten hat, die durch solche Mittel wie Sperre des jüdischen Bodenkaufs und der jüdischen Einwanderung zu „schützen" sind. Und wenn der in Reden und Statements überaus gefällige Ministerpräsident Mac Donald in seinem, zionistischen Politikern zugedachten Beschwichtigungsdokument, das er der Untat seines Kolonialministers seinerzeit folgen ließ, etwas von einem jüdischen Recht auf öffentliche Arbeiten spricht, so kommentiert ihn Wauchopes jetziger Rechenschaftsbericht zu Tode, wie ja schon in der Praxis dieser Mac Donald-Brief auch bisher von den britischen Behörden Palästinas als nicht existent betrachtet wurde.

Parlament, „aktualisierter" French-Plan, Mißachtung des jüdischen Arbeitsrechtes demaskieren eine Regierung, die obendrein mit kaltem Hohn vermerkt, sie habe soviel und soviel Pioniere, die ins jüdische Heimatland kamen, um zu arbeiten, aus dem Lande wieder hinausbefördert.

Aber es gibt in diesem Bericht, der auf die zionistische Oeffentlichket alarmierend wirken muß, auch noch einige Pikanterien, die mit wehmütigem, resigniert-traurigem Lächeln aufzunehmen sind. Da ist der optimistische Ausblick der Regierung auf die Sicherheit und Ordnung im Lande, und der Bericht über die nationale Zusammensetzung der polizeilichen und militärischen Schutzformationen. Was die erstere betrifft, so illustriert sie der letzte Fall, der unfaßbar tragische Fall Arlosoroff zur Genüge und macht die Aufzählung der verschiedenen Verbrechen und Sabotageakte des arabischen Elements gegen jüdisches Leben und jüdisches Gut überflüssig; die letztere ist, wie die jüngsten Nachrichten bezeugen, von der Tendenz zur völligen Judenreinheit charakterisiert.

Gibt so dieser Jahresrapport an den Völkerbund der offiziellen zionistischen Politik, die im letzten Jahr auf den „guten Hochkommissar" Wauchope eingestellt war, den kalten Wasserstrahl, so wirkt ein Kapitel in ihm innenzionistisch durch den trockenen Tatbestand aufklärend. Es ist jenes Kapitel, das Biro-Bidschan gewidmet ist. Die weite Welt erfährt hier, wie und wozu die von der Regierung so jammervoll kärglich gewährten Einwanderungszertifikate verwendet werden. Während tausende Juden, die von der bittersten Not geplagt werden, nach Palästina, wo sie Rettung und Arbeit finden könnten, nicht einwandern dürfen, werden aus den Mitteln jüdischen Volksgeldes Elemente ins Land gelassen, für die Palästina der Korridor nach dem sowjetistischen Biro-Bidschan ist. Die Sachlichkeit, mit der — man spürt die Genugtuung — die Palästinaregierung dem Völkerbund von der Auswanderung kommunistischer Juden nach dem Sowjetparadies berichtet, ist ein Faustschlag ins Gesicht der sozialistisch orientierten links-zionistischen Zertifikaten-praxis.

Im Zeichen des beispiellosen Judenunglücks von heute und im Gegenzeichen der Prosperität Palästinas, das sich als Land erwiesen hat, das die Judenfrage löst, will die britische und arabische antizionistische Offensive zum Schlag ausholen. Die Nachrichten um Transjordanien, wo die Regierung eine judenfreundliche Kundgebung der transjordanischen arabischen Bevölkerung verbietet und sich präjudizierende antijüdische gesetzgebende Maßnahmen ankündigen im Verein mit Drohungen arabischer Führer, bilden einen Annex zu dem Jahresbericht Wauchopes.

Der neue Sturm gegen das jüdische Befreiungswerk muß auf eine geeinte nationale Front stossen.

Verleumdungskampagne gegen die Zionisten-Revisionisten

Das Exekutivsekretariat der Weltunion der Zionisten-Revisionisten in Warschau erlaeßt im Zusammenhang mit der Ermordung Dr. Arlosoroffs und einer Nachricht, die palästinensische Polizei habe einen Mann verhaftet, der Revisionist sein soll, folgende Kundgebung:

Die Pressenachrichten, wonach die palaestinensische Polizei auf ein Mitglied der revisionistischen Bewegung den Verdacht der Taeterschaft wirft, sind unbegründet, da eine Verhaftung noch nicht der Beweis einer Schuld ist. Erst die Untersuchung seitens des Gerichtes kann den Beweis liefern, ob ein in Verdacht gezogener Mensch auch wirklich schuldig ist. Solange das nicht durch eine gerichtliche Untersuchung und ein Urteil erhaertet ist, hat kein ehrlicher Mensch das Recht zu behaupten, er wisse, wer das gemeine und grausame Verbrechen begangen habe. Aber noch entschiedener und mit gebührender Verachtung weisen wir den Versuch zurück, der einer ganzen Partei die Verantwortung für das Verbrechen aufbürden will. Mit tiefster Empörung müssen wir uns gegen die Hetze und gegen die Verleumdungskampagne wenden, die von gewisser Seite gegen uns betrieben wird mit der klaren Tendenz, es in der jüdischen Gasse zu erbitterten Zusammenstößen zu bringen.

Unsere Bewegung wird sich in stolzem Bewußtsein ihrer ethischen Reinheit dieser Hetze nicht beugen und ihre Fahnen nicht streichen. Wir stehen am Beginn des Kampfes für unsere Ideale. Wir werden diesen Kampf bis zum endgiltigen Sieg weiterführen.

Revisionisten, bewahret Stolz und Ruhe, geht über die Provokationen mit Verachtung hinweg! Revisionisten, seid überzeugt, daß das jüdische Volk die Verleumder brandmarken und uns in unserem heiligen Kampf unterstützen wird.

König Feisal hetzt . . .

König Feisal vom Irak empfing anläßlich seines Besuches in der transjordanischen Hauptstadt Amman eine von Muza Kazim Pascha geführte Delegation der arabischen Exekutive Palästinas. Die Delegation entbot dem König die Grüsse der palästinensischen Araber und brachte die Hoffnung zum Ausdruck, daß der König die Araber Palästinas nicht vergessen werde. In seiner Antwort auf die Begrüssung der Delegation erklärte König Feisal, Palästina sei stets wie eine Festung von allen Seiten her berannt worden. Palästina, Irak und Syrien seien arabische Länder und müßten vereinigt werden.

Später empfing der König eine Delegation der arabischen Jugendkonferenz Palästinas, die ihm ein Memorandum betreffend jüdische Einwanderung, Bodenfrage und britischen Imperialismus überreichte und ihn um Unterstützung der Bestrebungen der arabischen Jugend Palästinas bat. Der König erklärte, Palästina sei arabisch und werde arabisch bleiben. Der Zionismus sei nur eine vorübergehende Erscheinung. Die Araber Palästinas mögen sich nicht fürchten und Einigkeit bewahren.

Transjordanische Nationalisten gegen Zionismus

Die in Amman am 6. Juni abgehaltene Konferenz arabischer Nationalisten faßte eine Resolution, in der gegen die Bestrebungen der Zionisten, die Transjordanier „ihrer Rechte zu berauben", protestiert wird. An die transjordanische Regierung richtete die Konferenz folgende Forderungen: 1. alle ausländischen Beamten zu entlassen; 2. den landlosen Fellachen Boden und den arbeitslosen Arbeitern Arbeit zu verschaffen; 3. eine Anleihe zwecks Durchführung von Bewässerungsarbeiten in Ghor El Kabid aufzunehmen (Ghor El Kabid ist das Gebiet, das Emir Abdullah Juden verpachten wollte); 4. den Emir zu ersuchen, Transjordaniern eine Konzession zur Besiedlung von Ghor El Kabid zu erteilen; 5. ein Gesetz zu erlassen, durch das Juden verboten werden soll, in Transjordanien zu leben und dort Grund und Boden zu erwerben; 6. die Leitung der Hedschas-Eisenbahn Mohammedanern zu übergeben; 7. die Gehälter der Regierungsbeamten herabzusetzen; 8. eine nationale parlamentarische Regierung einzusetzen; 9. die Errichtung einer arabischen Föderation zu fördern; 10. von England die Streichung aller transjordanischen Schulden zu verlangen; 11. die Einhebung von Steuern im Hinblick auf die schwierige Lage der Bevölkerung einzustellen, und 12. das Schulwerk zu verbessern und zu erweitern.

Arabische Faschistenpartei in Palästina?

Einem Bericht der Zeitung «Al Balag» zufolge ist unter der arabischen Jugend Palästinas eine Bewegung im Gange, die die Gründung einer arabischen faschistischen Partei zum Ziele hat. Die neue Partei soll sich nicht nur auf Palästina, sondern auch auf die benachbarten arabischen Ländern erstrecken.

Die Verwendung der French-Anleihe

In unserer vorwochigen Nummer haben wir über die Anleihe berichtet, die die Palästinaregierung auf Empfehlung des plötzlich wieder aufgegrabenen Frenchberichtes aufnehmen will.

Wie die hebräische Tageszeitung «Haaretz» mitteilt, soll die $2^1/_2$ Millionen Pfund-Anleihe, zur Durchführung folgender Arbeiten verwendet werden: Wasserversorgung Jerusalems 300.000 Pfund, Kanalisation in Jerusalem — 200.000 Pfund, Errichtung eines Hauptpostgebäudes in Jerusalem — 50.000 Pfund, für eine Agrarbank — 500.000 Pfund, Ansiedlung landloser Araber — 500.000 Pfund, je 150.000 Pfund zum Ausbau des Jaffaer Hafens, für Wasserversorgung und Kanalisation in Haifa und für Wasserversorgung in den Dörfern.

Dr. David Wdowinski:

Vor dem 18. Zionistenkongreß

Die Rolle der «Allgemeinen Zionisten»

Nur noch kurze Zeit trennt uns vom 18. Zionistenkongreß. Ganz verständlich also, daß die diversen Parteimanager sich über die verschiedenen Probleme, die dieser Kongreß zu lösen haben wird, den Kopf zerbrechen, insbesondere jene, deren Parteien nie ein Programm besassen, sich ein solches immer ad-hoc bilden mußten, um nur mit irgendetwas zu den Wählern zu kommen.

Das reine Chaos besteht in dieser Hinsicht bei den sogenannten Allgemeinen Zionisten, zunächst deshalb, weil niemand und am wenigsten die Allgemeinen Zionisten selbst, wissen, was das heißt: Allgemeiner Zionismus. Ist darunter jene Richtung zu verstehen, welche von Herrn Dr. Schwarzbart aus Krakau repräsentiert wird, einem Menschen, von dem es seit einigen Jahren immer wieder heißt, er sei bis zu 99 Prozent Revisionist, den aber immer ein fehlendes, abwechselnd anderes Perzent hindert, sich in den Revisionismus einzureihen? Oder ist Herr Kurt Blumenfeld aus Berlin der Repräsentant des Allgemeinen Zionismus, dieser deutsche Zionist, dessen Ideal der Brith-Schalom ist, das heißt der binationale Staat in Palästina mit einem arabischen Parlament? Oder ist der Exponent des Allgemeinen Zionismus Herr Grünbaum aus Warschau mit seinen roten Klassensympathien und seiner feindlichen Einstellung zum Mittelstand, der übrigens auch nicht abgeneigt ist, ein Parlament in einem 40prozentigen jüdischen Palästina, also auch mit einer arabischen Mehrheit, zuzulassen. Und zur Komplettierung dieses Kunterbunts zeigt sich letztens, wie zur öffentlichen Demonstration geschaffen, eine ganze Reihe von Artikeln aus der Feder Allgemeiner Zionisten, die den denkbar widersprechendsten Inhalt haben. Die Ironie des Schicksals wollte es, daß zwei solche Artikel sich in den Spalten ein und desselben Blattes befanden, («Moment» Nr. 125). Der Abgeordnete des polnischen Sejm Dr. Rosmarin, eine der Spitzenpersönlichkeiten des Allgemeinen Zionismus Polens, legt in einem Aufsatz die Gefahr dar, die dem Zionismus seitens seines linken Flügels droht, Er schreibt: «Die Eröffnung der jüngsten Vergangenheit hat gelehrt, daß überall und auf allen Gebieten, wo Linksgruppierungen das entscheidende Wort hatten, diese sich immer von Klassentendenzen leiten ließen, den egoistischen Klassenstandpunkt zum Ausgangspunkt machen». Herr Abg. Rosmarin fragte sodann: «Kann man es zulassen, daß eine solche Taktik der ganzen Bewegung aufgebürdet werde?» Es geht nämlich darum, daß die Linke allen anderen Gruppierungen im Zionismus unerbittlichen Kampf angesagt hat und es versucht, die alleinige Herrschaft am Zionistenkongreß an sich zu reißen. Dr. Rosmarin warnt die jüdische Oeffentlichkeit vor solcher Art von Herrschaft. «Die breiten Schichten des jüdischen Volkes müssen sich schließlich dieser ernsten Situation bewußt werden, und müssen mit der Gleichgiltigkeit brechen, die sie bis nun im Ringen innerhalb der zionistischen Bewegung an den Tag legten, mit jener Gleichgiltigkeit brechen, die geeignet erscheint, ihr Los und ihre Zukunft fatal zu beeinflussen». Herr Dr. Rosmarin hat offenbar die Palästinaämter im Sinne, die von den Linken beherrscht werden und oft unter Assistenz der Allgemeinen Zionisten, wie z. B. des Herrn Grünbaum, den breiten jüdischen Schichten die Erlangung von Zertifikaten erschweren, um diese Zertifikate in überwiegender Anzahl den roten Genossen zufallen zu lassen.

Ganz andere Schmerzen hat Herr Dr. Schwarzbart. Er zerbricht sich den Kopf darüber, wie man eine große Koaliton gründen kann, sagen wir, von Weizmann, der «keine Sympathie und kein Verständnis für eine jüdische Mehrheit in Palästina» hat, über Berl Locker, Dr. Schwarzbart und Meir Berlin bis zu Großmann. Ein herrliches Bouquet! Aber wie sind die Vorbedingungen für eine Koalition dieser Art? — Die erste Bedingung nach Herrn Dr. Schwarzbart ist die Anerkennung der absoluten Einheit und Präponderanz der zionistischen Weltorganisation. Hier sind wir Revisionisten gemeint. Er hat jedoch vergessen hinzuzufügen, daß die Zionistische Weltorganisation mit Hilfe der «allgemeinen» Gesinnungsgenossen Dr. Schwarzbarts im Jahre 1929 alle ihre Rechte und Prärogativen auf eine nicht-zionistische Institution übergehen ließ, auf die «Erweiterte Jewish-Agency», daß die Zionistische Organisation somit als selbständige und unabhängige Institution zu existieren aufgehört hat. Die zweite Vorbedingung, sagt Herr Dr. Schwarzbart, ist die Führung der Wahlkampagne im Geiste des Friedens und gegenseitiger Achtung. Wir wissen nicht, an welche Adresse diese Worte gerichtet sind. Eine Kleinigkeit ist hier vergessen worden — von bekannten Wahlmachinationen nämlich keinen Gebrauch zu machen! Denn gerade in der Domäne Dr. Schwarzbarts, in Krakau, von wo die Stimme des Friedens kommt, fälschte man bei den letzten Wahlen das wirkliche Wahlergebnis ganz gehörig, und das gerade mit Hilfe der Allgemeinen Zionisten.

Nach Ausschöpfung zweier so «bedeutsamer» Vorbedingungen für die große Koalition gelangt Herr Dr. Schwarzbart schließlich zu der gemeinsamen Plattform, die alle Gruppierungen am Kongreß verbinden soll. Man würde nun glauben, daß der Autor zumindest einige grundlegende Punkte anführen oder irgendein konkretes Programm angeben werde. Weit gefehlt! Herr Dr. Schwarzbart erklärt einfach: «Die Vereinigung ist möglich, wenn die einzelnen Koalitionsparteien für die nächste Zukunft ein Minimalprogramm und kein «Maximalprogramm» aufstellen.

Nur einige Kleinigkeiten müßte Herr Dr. Schwarzbart verraten: Was ist das ein Minimalprogramm? Da das revisionistische Minimalprogramm zum Kongreß die Kündigung des Vertrags mit den Nichtzionisten, die Proklamierung des Endzieles, die Durchführung einer Petition, die Brechung der Hegemonie der Linken in der Zionistischen Organisation und in Palästina ist, so werden bei der Abstimmung über diese Resolutionen einige Herren Führer der Allgemeinen Zionisten abwesend sein, zu dieser Zeit gerade andere Schmerzen haben. Es ist schon jetzt mit Sicherheit zu sagen, daß dieses von Dr. Schwarzbart entworfene Minimalprogramm für viele seiner allgemeinzionistischen Gesinnungsgenossen keine Basis für die Schaffung einer großen Koalition abgeben wird. Das Zentrum, d. h. die Allgemeinen Zionisten, wird eher zur Akzeptierung einer zentro-linken Konzeption gezwungen sein. Aber diese Konzeption werden wieder andere allgemeinzionistische Manager nicht gutheißen. In der «Chwila», dem Lemberger Zionistenblatt, wird die Befürchtung ausgesprochen, der Zionistenkongreß «könnte den Charakter einer Klasseninstitution annehmen und dadurch beinahe zur Expositur der Zweiten Internationale werden». — Schöne Aussichten! Wie soll in einem solchen Fall das Minimalprogramm aussehen?

Wie es scheint, sind diese Herren dem Ernst der Stunde nicht gewachsen. Ihnen läuft in Wirklichkeit ein Minimalprogramm im Kopf herum, das wie eh und je Geldsammeln und philantropische Aktionen heißt Während sie die zusammengebettelten Gelder zählen, schreitet die fürchterliche Pauperisierung der Juden im Osten Europas fort, ebenso wie die Welle des Pogromantisemitismus in Deutschland anschwillt. Die Notwendigkeit einer großen politischen Offensive auf dem Forum der internatienalen Politik, die die Judennot, wie sie Herzl verstand, der Welt vor Augen führen kann — darüber kein Wort in dem «Programm» der Allgemeinen Zionisten.

Haben die heutigen Führer der Allgemeinen Zionisten überhaupt noch etwas zu sagen? Wir wollen uns eine eigene Antwort ersparen und erteilen das Wort einem Manne, der über den Parteien steht, dem Professor der Jerusalemer Universität Herrn Dr. Josef Klausner (im «Baderech» Nr. 21). Klausner führt eingangs aus, «daß die gegenwärtigen Führer der zionistischen Bewegung nicht fähig seien, eine Antwort auf die großen Fragen des Weltjudentums zu geben. Erstens, weil «unsere Führer», die an der Spitze stehen, sich nicht trauen ein schärferes Wort den Nationen und Staaten gegenüber zu gebrauchen, zweitens, weil sie als «Realpolitiker», der Wirklichkeit Konzessionen solcher Art machen, die ihnen die innere Kraft und den Glauben an große Taten rauben. Sie begnügen sich mit dem «Spatzen in der Hand» und jagen nicht «nach dem Adler in den Höhen»! Die Worte: «Der Zionismus ist die Lösung der Judenfrage», machen sie erschrecken, genau so, wie das Wort «Judenstaat». Sie sind nicht die wahren Erben Herzls und Nordaus und können nicht in deren Namen sprechen. Nur ein Mann ist dazu fähig, sein Name ist Vladimir Jabotinsky. — Denn er ist der einzige, der vom großen Zionismus träumt, von einem Zionismus, der sowohl die politische, als auch die wirtschaftliche Lösung der Judenfrage bringen will».

So spricht der unparteiische große Historiker Josef Klausner.

Die Not des jüdischen Volkes ist ins Unermeßliche gestiegen, am internationalen Horizont zeigen sich die Konturen neuer politischer Konstellationen auch für den Zionismus — unsere «Realpolitiker» hingegen «mit dem Spatzen in der Hand» bilden Minimalprogramme.

Palästina meldet:

Gegen Schaffung einer offiziellen Orthodoxen Jüdischen Religionsgemeinschaft

Im Auftrag des Waad Leumi wird sich eine Delegation, bestehend aus Rabbi Uziel, Dr. Mossinsohn und Ben Gurion, zur Tagung der Permanenten Mandatskommission des Völkerbundes, die in diesem Monat in Genf eröffnet wird, begeben, um vor der Kommission den Standpunkt des Waad Leumi gegenüber der von der palästinensischen Agudah in einer Petition erhobenen Forderung, als besondere jüdische Religionsgemeinschaft anerkannt zu werden zu vertreten. Die Abordnung wird verlangen, daß die Pflicht jedes palästinensischen Juden, der jüdischen Einheitsgemeinschaft Palästinas, deren Exekutive der Waad Leumi ist, anzugehören, grundsätzlich anerkannt werde.

Aufruf zur Einbürgerung

Jerusalem, 12. Juni. Der Waad Leumi hat ein Rundschreiben an alle jüdischen Gemeindevorstände gerichtet, in dem diese aufgefordert werden, darauf zu sehen, daß diejenigen Juden, die noch ausländische Staatsangehörigkeit besitzen, Einbürgerungsgesuche einbringen. In Palästina leben derzeit noch etwa 70.000 Juden, die die palästinensische Landesbürgerschaft nicht besitzen, unter ihnen etwa 6000 Nansenpaßinhaber.

Brand im Balfourwald

Im Balfour-Wald im Emek Jesreel ist ein Brand ausgebrochen. Im Zusammenhang mit dem Brand wurden zwei etwa 13jährige arabische Knaben unter dem Verdacht der Brandstiftung verhaftet. Die Zahl der vernichteten Bäume beträgt 3000.

Schulsubventionen unter Bedingungen

Jerusalem, 12. Juni. Der stellvertretende Chefsekretär der Palästinaregierung hat einer Abordnung des Waad Leumi, die wegen Erhöhung des diesjährigen Staatsbeitrages für das hebräische Schulwesen vorsprach, erklärt, die Regierung sei bereit, ihren Beitrag um 6000 Pfund zu erhöhen, vorausgesetzt, daß die Gehälter der Lehrer und Hilfskräfte reduziert werden. Der Waad Leumi lehnt die Forderung der Regierung nach Gehälterabbau energisch ab.

Erfolgreiche Wasserbohrung in Galiläa

Bei einer von der Gesellschaft zur «Erlösung des Wassers» in Jabneel in Galiläa vorgenommenen Bohrung wurde eine Quelle erschlossen, die 350 Kubikmeter Wasser pro Stunde liefert.

Bodenankauf für deutsche Juden

Jerusalem, 13. Juni. (JTA). Das Zentralhilfskomitee für deutsche Juden hat beschlossen, ein Drittel aller in Palästina aufgebrachten Hilfsgelder fü Bodenkauf zwecks landwirtschaftlicher Ansiedlung deutscher Juden zu verwenden.

Der jüdische Student und der Kampf um den Judenstaat

Von Dr. Edmund Schächter,
Präsident des Verbandes zionistisch-akademischer Verbindungen und Vereine Oesterreichs

Bei allen Völkern bildet die akademische Jugend die Vorkämpferin des nationalen Gedankens. Ueberall ist es die Studentenschaft, die jugendliche Begeisterung und jugendlichen Elan dem Dienst am Volke weiht. Die Freiheitsgeschichte aller, um ihre nationale Existenz ringenden Völker sah immer die Universitäten als den Ausgangs- und Sammelpunkt der patriotischen Jugend.

Auch im jüdischen Volk war es die Studentenschaft, die, als vor 37 Jahren Herzl seinen Judenstaat in die Welt hinausrief, als erste die Genialität seiner Konzeption begriff und sich mit ganzer Hingabe dem neuen Ideal anschloß. Es bleibt eine historische Tat der alten «Kadimahner» und der damals schon bestehenden Zionistischen Studentenverbindungen, daß sie, als Herzl von der Feigheit und Kriecherei der Wiener Assimilation abgestossen, seine Führerschaft zurücklegen wollte, ihn durch eine große Manifestation dazu bewegen konnten, diesen Plan aufzugeben.

Jahre hindurch war es wieder die Studentenschaft, die den zionistischen Gedanken in alle Länder hinaustrug, waren es zionistische Akademiker, die als Apostel der neuen Idee von Dorf zu Dorf, von Stadt zu Stadt zogen und die zionistische Lehre predigten.

Als nach dem Kriege aus der Utopie der zionistischen Aspirationen die Realität der Balfourdeklaration geboren wurde, als aus der Vernichtung und Zerstörung des Weltkrieges, der Gedanke der Befreiung des jüdischen Volkes sich ins Bewußtsein der jüdischen Massen Bahn brach, war es wieder die Jugend und an ihrer Spitze die akademische Jugend, die den Moment der Verwirklichung des alten Traumes für gekommen erachtete, um von der Schulbank und aus den Hörsälen der Universitätet zu den Sümpfen des Emek und den verkarsteten Höhen Galiläas zu eilen und die erlösende Tat zu setzen.

Aber dieser großen, opferbereiten Jugend erstanden in dieser großen Zeit kleine Führer. Wie Menschen, die im jahrelangen Dunkel leben, plötzlich ans Licht gekommen, geblendet und erschreckt zurückfahren, so wichen damals die Führer unseres Volkes, aus dem Dunkel des Ghettos das Licht der Freiheit erblickend, Schritt um Schritt zurück. Aus dem großen erlösenden Gedanken der nationalen Befreiung, aus der mächtigen revolutionären zionistischen Bewegung wurde eine Sammelarmee gemacht. Aus der Jugend, die bereit war für die Idee alles zu geben, aus der Studentenschaft, die darauf wartete, daß man ihr Aufgaben gebe, die zu lösen einer nationalbewußten Studentenschaft würdig gewesen wäre, wurden Bestandteile einer der größten philantropischen Bewegungen gemacht, die das in Philantropie gewiß erfahrene jüdische Volk je gesehen hat.

Es begann die Zeit des politischen, in seinen Auswirkungen gefährlichen ideologischen Rückzuges. In den Zionismus, der in seiner elementaren Einfachheit nur und nichts anderes enthielt, als die Formel zur Lösung der Judenfrage, wurden neue Elemente hineininterpretiert. Sozialistische, menschheitserlösende Phrasen, die unbewußte Fortsetzung der alten «Missionsjudentums»-Idee der Mendelsohnschen Assimilation, wurden als dem Zionismus koordiniert hingestellt. Der internationale Marxismus fand, unterstützt und toleriert von der Leitung, auch in unsere Reihen Eingang, wurde die Modeströmung der jüdischen intellektuellen Jugend. Man gab der zionistischen Jugend zwei Ideale: Das angeblich große des «revolutionären Marxismus», der «Befreiung des internationalen ausgebeuteten Proletariats». Und als Draufgabe ein kleines: Den Aufbau Palästinas im sozialistischen Sinn und in Solidarität mit den arabischen Klassenbrüdern.

Das Wesen der Jugend ist Kompromißlosigkeit, Unbedingtheit. Jugend läßt sich mit Halbheiten nicht abspeisen. Wenn man der jüdischen Jugend durch Jahre hindurch zu verstehen gab, daß Marxismus schön und Sozialismus gut sei, so mußte es eben kommen, wie es kam. Die Jugend tat konsequenterweise den letzten Schritt, ging zu den Parteien und Bewegungen, die Sozialismus und Marxismus voll und ganz und nicht «verwässert» durch ein wenig «reaktionären», «engstirnigen» Nationalismus und Zionismus betrieben. Aber man versuchte, der jüdischen Jugend auch noch ein anderes Ideal zu geben. Man ging daran, sie vor «imperialistischen Bestrebungen zu bewahren und den «armen» arabischen Großgrundbesitzern den Boden, den sie durch Jahrhunderte vernachlässigt hatten, abzukaufen und begann vom «binationalen» Staat zu faseln. Diese jüdischen Führer, im Ghettogeist verfangen, am Zionismus verzweifelnd, flüchteten in die Ideengänge des Sozialismus und Brith Schalomismus und ihre Schuld war es, daß das jüdische Volk, als es im dritten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts daran ging, sich seinen Staat wieder aufzubauen, keine Jugend fand.

Vladimir Jabotinsky schuf aus der trüben Flut der Hoffnungslosigkeit den Revisionismus. Als so die alte Herzlische Judenstaatsparole in neuem Glanz auflebte, war die Jugend da und wieder war es die Studentenschaft, die an ihrer Spitze die Rückkehr zum reinen nationalen Zionismus proklamierte. Der Judenstaatzionismus hatte die Jugend wieder gewonnen.

Die jüdische Studentenschaft steht heute in der ganzen Welt im schweren Kampf. Verfolgt und bedrängt vom brutalsten Antisemitismus, den je die Welt sah, seiner primitivsten Rechte entkleidet, wandert der jüdische Student von Universität zu Universität, lernend und kämpfend. Sehnsüchtig blickt er auf sein Land, in den werdenden jüdischen Staat, hoffend und wartend, daß ihm dort die Möglichkeit gegeben werde, an seiner Hebräischen Universität zu arbeiten und zu lernen. Aber die Weisen vom Skopusberge schütteln ihre Köpfe; aus der Forschungsstätte darf keine Hochschule, aus der Sabotage des nationalen Aufbaues und aus dem Zentrum des Brithschalomismus, darf nicht Ziel und Sammelpunkt der national gesinnten, verfolgten jüdischen Studentenschaft werden. Alle Proteste und alle Aktionen verhallen wirkungslos an dem Zynismus der Herrscher der Universität angesichts des Leids des jüdischen Studenten. Aber immer lauter und immer mächtiger muß der Ruf werden und der kommende Kongreß muß ihm Rechnung tragen: Umwandlung der unnützen Forschungstätte in eine nationale, akademische Grade erteilende Universität. — Die Jugend wird sich ihre Universität erkämpfen.

Wir stehen im Zeitpunkt des endgiltigen Zusammenbruches der Assimilation. Der rote Popanz, ihre letzte Säule hat ein kläglicheres, unwürdigeres Ende genommen als jemals die liberale Assimilation. Die Zweite Internationale, das Idol so vieler Teile unseres Volkes, hat eine praktische und was vielleicht noch schwerer wiegt, eine moralische Niederlage erlitten, von der sie sich sobald nicht wieder erholen wird. Der Zionismus ist die Lösung der Judenfrage. Der Augenblick ist da, an dem die Zionistische Studentenschaft, wie vor vierzig Jahren als Avantgarde unseres Volkes kämpfen muß, kämpfen für das große befreiende, erlösende Ziel des Judenstaates!

Jüdischer Hochschulausschuß

Auskünfte bezüglich der von der Jüdischen Studentenschaft veranstalteten Palästinareise werden jeden Montag, Mittwoch und Freitag in der Zeit von 12—2 Uhr mittags im Jüdischen Hochschulausschuß, Wien 9., Zimmermannplatz 8, von Dr. Dezsö Weisz erteilt.

Vom alten jüdischen Hainburg

Hainburg war im Mittelalter eine wichtige Handelsstadt und rivalisierte sogar erfolgreich mit dem nahen Preßburg. Als im Jahre 1360 die Juden aus Preßburg vertrieben wurden, übersiedelten viele von ihnen nach Hainburg. Im Jahre 1368 erging eine Aufforderung an diese Preßburger Juden, ihre Forderungen dem Judenrichter bis zu einer gewissen Frist anzumelden, aber schon ein Menschenalter später konnte Preßburg die seinen Juden gewährte Gastfreundschaft vergelten und die im Jahre 1420 ebenso wie aus ganz Niederösterreich auch aus Hainburg vertriebenen Juden aufnehmen. Und wenn dann im Jahre 1426 Albrecht V. befahl, von allen Forderungen der Juden, die in Hainburg und Bruck a./Leitha gewohnt hatten, die Hälfte an ihn zu überweisen, während sein Schwiegervater, König Siegmund von Ungarn diese Forderungen den Bürgern von Preßburg geschenkt hatte, so deutet dies eben darauf hin, daß ein entsprechender Teil der Geschäftsverbindungen der Hainburger Juden sich immer nach Preßburg erstreckte. Wahrscheinlich waren auch in Hainburg gerade die reichen Juden, die große Geldbeträge zu fordern hatten, gefangengenommen und mit den übrigen Opfern der „Wiener Gesera" aus dem ganzen Lande in Wien verbrannt worden.

Aus dieser im Jahre 1420 jäh abgebrochenen Blütezeit der Hainburger Judengemeinde stammt nun auch ein Gebäude, das den Forschern schon viele Schwierigkeiten geboten hat. Es ist ein als Synagoge bezeichneter turmartiger Bau im Hofe des Hauses Wienerstraße 9, dessen Zweck nicht gleich klar erscheint. Donin hat in seinem vor kurzem erschienenen äußerst lesenswerten Werke „Die Kunstdenkmäler der Stadt Hainburg" überzeugend nachgewiesen, daß dieser Turm mit dem hinter ihm befindlichen Gebäude, das jetzt als Werkstätte verwendet wird, zusammen die Synagoge gebildet haben müsse. Freilich irrt Donin, wenn er glaubt, der Turm habe die „heilige Lade" enthalten, da im Hause Wienerstraße 9, durch dessen Flur man zu dem Synagogenturm gelangt, eine sogenannte Tuck d. h. ein rituelles Bad vorhanden ist, zu dem man einige Stufen hinabsteigen muß und noch ein vermauertes Tor gezeigt wird, durch das ein unmittelbarer Eingang von der Straße her zu diesem Bade und dem danebenliegenden Turm hergestellt war. Der Turm bildete also nicht den Raum für die „heilige Lade", sondern eine Vorhalle und so entspricht die ganze Anlage der noch heute in den streng orthodoxen Gemeinden üblichen. Wenn dazu aber noch berücksichtigt wird, daß der Turm früher auch einen eigenen Brunnen aufwies, der zum Händewaschen vor dem Betreten der Synagoge diente, und im Nordwesten des Synagogegebäudes steht, während die Längswände dieses Gebäudes, von Nordwesten nach Südosten weisen, so ist ganz einwandfrei der Beweis dafür erbracht, daß es sich nur um eine Vorhalle handeln kann. Daß die Synagoge nicht nach Osten, sondern nach Südosten gerichtet war, ist weiter nicht verwunderlich, da dies ja, je weiter man in Europa nach Osten kommt, der Richtung nach Jerusalem entspricht. Wir haben es hier also mit den Resten einer der wenigen in Oesterreich noch erhaltenen Synagogen aus dem Mittelalter zu tun und es wäre nur zu wünschen, daß diese Reste auch würdig weiter konserviert werden.

Der Besitzer des Hauses, das diesen Synagogenturm enthält, erzählt, daß es in Hainburg außer der in seinem Hause befindlichen noch viele „Judentücken" gebe. Er versichert, daß schon mancher Hausbesitzer versucht habe, diese Tücken d. h. Tauchbäder zu verschütten, aber da es sich offenbar um eine das ganze Stadtviertel unterirdisch durchziehende Wasserader handelt, sei dieser Versuch noch immer gescheitert. Nur da, wo durch Unterbetonierung der Wasserzufluß abgegraben wurde, konnte das Quellbad zum Austrocknen gebracht werden. Offenbar haben eben im Mittelalter die jüdischen Hausbesitzer dieses Viertels die ihnen bekannte Wasserader benützt, um möglichst im eigenen Hause ein rituelles Bad einrichten zu können. Es gab in Hainburg damals sogar eine Mauer, vielleicht einen Teil der Stadtmauer am Wienertor, die urkundlich als „Tuckmauer" bezeichnet wird, und wir sehen hier einmal deutlich, welche große Rolle das Badewesen bei den Juden im Mittelalter spielte; damals galt das Bad für eine Judengemeinde fast so wichtig wie Synagoge und Friedhof.

Unser liebenswürdiger Führer, Herr Fachlehrer Kronberger, einer der besten Kenner der Geschichte und der Kunst seiner Heimatstadt, meint ganz richtig, daß das unterirdische Hainburg wahrscheinlich noch viel besser konserviert sein müsse als das an der Oberfläche befindliche, in dem im Jahre 1683 die Türken gehaust hatten. Wir gehen also diesen „Judentucken" nach und finden solche auch in der Hauergasse Nr. 35. Ueberall ist es das charakteristische, einige Stufen

Zeugen gegen sich selbst

Wie sich Freunde von gestern benehmen . . .

Die Führer der revisionistischen Sezession haben ihr seelisches Gleichgewicht verloren. Was sich Herr Großmann und seine Sekretäre als Führer einer abgesplitterten winzigen Minderheit der revisionistischen Bewegung allwöchentlich an Invektiven gegen Jabotinsky erlauben, gehört nicht mehr in das Gebiet anständiger politischer Polemik.

In den letzten Tagen, haben sich diese Invektiven in einer Weise gesteigert, daß sie geradezu exzessive Formen annehmen. Es ist äußerst unangenehm, sich mit diesen Dingen öffentlich befassen zu müssen. Wir sind es aber unseren Lesern und jedem Revisionisten schuldig, dann und wann einige Stichproben dieser Stilblüten zu bieten.

Herr Großmann schreibt im Warschauer «Baderech» einen Artikel: «Die Gefahr des Putschismus und des Faustkampfes». Der kennzeichnende Titel reflektiert auf die innerrevisionistische Handlung Jabotinskys und den blutigen Ueberfall der sozialistischen Histadruth-Leute auf Betarkinder in Tel-Aviv. Beiden Handlungen wird vom Verfasser die gleiche moralische Wertung unterlegt. Der Name Jabotinskys wird wohlweislich nicht genannt. Man kann ja später ein Alibi brauchen! Eines Tages kann man ja von den letzten, noch zurückgebliebenen Anhängern für dieses unerhörte Gleichnis zu Verantwortung gezogen werden. Die eindeutige Bezugnahme auf die Kongreßwahlen, auf «Mandatsjägerei« usw. bezeugt es unwiderleglich, wen der Verfasser im Auge hat, was Herr Großmann in diesem Momente seiner Kampfbegeisterung wohl auch kaum wird leugnen wollen.

Herr Großmann schreibt: «Es fällt mir schwer, den richtigen Ausdruck dafür zu finden, wie man demokratische Prinzipien mit der Diktatur einer Einzelperson vereinbaren kann, die ihre Garderobe vor aller Welt wechselt, wie eine orientalische Tänzerin ihre Hülle.»

Weiters: «Ein Putsch ist letzten Endes ein moralischer Ueberfall, ein moralischer Niedergang. Und hat man es für den Erfolg notwendig, den Träger in fremde Farben zu hüllen, so muß auch das getan werden. Deutsche Unterseebote haben dasselbe im Weltkrieg getan: man nannte das Camouflage!»

Und ein drittes Zitat: «Putschismus gleicht einem Schuß aus dem Dunklen von einem Nachträuber, der obendrein hinterrücks die Schleusen des Aquädukts öffnet».

Wie die beispiellose Derbheit im Ausdruck des Herrn Großman, so die historische Ungereimtheit. Jeder Satz und jedes Wort zeugen von verloren gegangener Besinnungsfähigkeit, von einem kaum noch zu überbietenden Haßgefühl. Nicht einmal die Herren Locker und Ben Gurion haben sich jemals gegen Jabotinsky soweit vorzuwagen getraut.

Herr Großmann hat auch Mitstreiter im «heiligen Kriege». Vor allem sind es seine Sekretäre in London und Warschau. Beide, Herr Dr. Rosenblum und Herr Weinstein — Funktionäre einer nichtexistierenden Partei — scheinen schon davon ihr Recht zum Kampfe gegen die wohlexistierende Revisionistische Organisation unter Führung Jabotinskys abzuleiten. Da man die überall gut konsilidierte, ständig wachsende Organisation nicht treffen kann, sekundieren die Sekretäre Herrn Großmann in unqualifizierbaren Angriffen auf Jabotinsky. Und Herrn Robert Strickers «Neue Welt» stellt hierfür Herrn Rosenblum ihre Spalten zur Verfügung.

Herr Rosenblum ruft das «revisionistische Geschlecht» auf, nicht der Meinung und der Würde Jabotinskys zu dienen; er richtet an dieses Geschlecht folgende respektvolle Fragen: «Meint sie — die revisionistische Bewegung — daß sie, wenn der Führer N. N. gestern für den Eintritt in die Z. O., heute für den Austritt und morgen gleichzeitig für den Eintritt und Austritt ist, gestern heute und morgen diesen schwindelerregenden Tanz mitmachen muß? Wollen wir eine freie Bewegung sein oder ist uns der atemraubende Zustand von «Leninismus» lieber?"

Nun weiß man, was die Herren wollen. Wer mit dem überragenden geistigen Führer und Patrioten Jabotinsky freiwillig mitgeht, ist Leninist, wer sich aber den schimpfenden Dissidenten unterwirft, ist Demokrat und Beschützer der revisionistischen Parteiwürde. Wer sich dem Schöpfer der revisionistischen Idee behufs Verwirklichung judenstaatslerischen Großzionismus selbstlos zur Verfügung stellt, macht einen «schwindelerregenden Tanz» mit, wer aber zu einem Grüppchen stößt, das für sich nur mehr einige Quentchen Jabotinskyschen Ideenguts in Anspruch nimmt, der paßt sich der Person und nicht der Idee an. Auch eine Logik . . .

Mit solchem Revisionismus kann man niemand mehr imponieren.

Die letzten Anhänger dieser Gruppe werden eine solche revisionistische Logik und eine derart ungeschlachte Kampfesweise gegen den heroischen Kämpfer und Wegbreiter großzionistischer Geschichte kaum lange mitmachen. Von Parteiwegen müßte jeder Revisionist mit einer solchen Selbstdemaskierung zufrieden sein. Es geht aber nicht um kleinlichen Parteiegoismus. Es geht gerade um die Frage, wie weit man sich, solchen kleinlichen Interessen zuliebe, an die eigene Partei und an der Ehre Jabotinskys vergehen darf.

Wenn die Herren gegen sich selber so zeugen, wundert man sich da noch, daß ein Zusammenarbeiten Jabotinskys mit ihnen unmöglich wurde?

unter dem Kellerniveau liegende kleine Becken. in dem eine Person gerade bequem in dem von unten her aufquellenden Wasser untertauchen kann. Im Keller des Hauses Hauergasse Nr. 31 befindet sich ein ganz besonders großes Bassin, zu dem 15 unter Wasser stehende Stufen hinabführen, und schließlich finden wir noch im äußersten Winkel des Kellers im Gasthause Schuster, Wienerstr. 25, knapp am Wienertor ebenfalls eine solche typische „Tuck." Vor dem Abstieg in diesen Keller mußte jeder von uns eine brennende Kerze zur Hand nehmen und dann hieß es vorsichtig gehen, da auch nach dem Aufhören der Treppen der Weg immer tiefer führt und immer schlüpfriger wird, je näher wir dem unterirdischen Badebassin kommen. Wir gehen zwischen einer langen Doppelreihe ungeheurer Weinfässer durch, deren Inhalt in diesem kühlen, feuchten Keller nur noch immer süffiger wird. Aber dann, auf dem Rückwege, wollte es nicht mehr recht vorwärtsgehen und befreit atmen wir auf, da wir wieder ins Licht des Sommertages treten. Ja, es ist eine ganz eigenartige Sache mit diesen Judenbädern von Hainburg: mit den Juden selbst, denen die ihre Entstehung verdankten, war man bald fertig geworden, aber in ihren Bädern haben diese Juden den biederen Hainburgern ein Andenken zurückgelassen, mit dem sie auch heute noch nichts Rechtes anzufangen wissen. Wie bei allen, was im Geistigen seinen Ursprung hat, hilft hier kein Zuschütten und es muß schon ein ganz umfassendes Abgraben vorgenommen werden, wenn der Quell des Sittlichen zum Versiegen gebracht werden soll.

Dr. L. MOSES.

Palästinaregierung berichtet dem Völkerbund

Das Parlamentsprojekt bleibt bestehen - Das Recht auf öffentliche jüdische Arbeit wird bestritten - Die günstige Wirtschaftslage

In London und Jerusalem ist der zur Vorlage an die demnächst in Genf zusammentretende Mandatskommission des Völkerbundes bestimmte Jahresbericht der Palästinaregierung für das Jahr 1932 veröffentlicht worden. Der Bericht bringt neben einem Ueberblick über wirtschaftliche Entwicklung, Einwanderungs- und Sicherheitsfragen eine politische Erklärung betreffend die geplante Einsetzung eines Legislative Council, sowie eine Interpretation des im MacDonald-Brief gegebenen Versprechens auf eine der jüdischen Steuerleistung entsprechende Berücksichtigung jüdischer Arbeitskräfte bei der Vergebung öffentlicher Arbeiten.

Das Parlament kommt

Die Absichten der Mandatarmacht hinsichtlich der Einsetzung eines Legislative Council in Palästina, so wird im Bericht der Palästinaregierung ausgeführt, bestehen so, wie sie im Weissbuch von 1930 angekündigt wurden, unverändert fort.

Schritte zur Bildung des Council sollen ergriffen werden, sobald die neue Local Government Ordinance, die derzeit nach Beratung mit der Exekutive der Jewish Agency, der arabischen Exekutive und den einzelnen Stadtverwaltungen von der Palästinaregierung ausgearbeitet wird, in Kraft gesetzt sein wird. Die Vorschläge zur Errichtung des Legislative Council werden notwendig bestimmte Sicherungen enthalten, so daß unter keinen Umständen Friede und Sicherheit in Palästina gefährdet oder die Durchführung des Mandats, das die Erfüllung einer doppelten Verpflichtung vorschreibt, einer gegenüber dem jüdischen Volk und einer anderen gegenüber den nichtjüdischen Einwohnern Palästinas, gehindert werden könne.

Zu Beginn des Jahres wurden dem High Commissioner die Berichte des Landentwicklungsdirektors vorgelegt, Kopien wurden der arabischen Exekutive und der Jewish Agency zugestellt; Entscheidungen werden erst getroffen werden, wenn diese Berichte von der Regierung Sr. Majestät im Lichte der Einwände dieser beiden Körperschaften und etwaiger Bemerkungen, die der High Commissioner zu diesen Einwendungen machen könnte, geprüft sein werden.

Palästinaregierung drückt sich um das öffentliche jüdische Arbeitsrecht

Der auf Grund des im MacDonald-Brief vor zwei Jahren gegebenen Versprechens bezüglich der Verwendung jüdischer Arbeiter bei öffentlichen Arbeiten in jüdischen Kreisen entstandenen Auffassung, es bestehe ein Anspruch auf Verwendung jüdischer Arbeiter im Verhältnis des prozentuellen Anteils der von Juden geleisteten Steuern und Abgaben an der allgemeinen Steuerleistung Palästinas, wird im Bericht der Palästinaregierung entgegengetreten. Diesbezüglich wird ausgeführt: Es ist weder möglich, noch war es beabsichtigt, daß die Zusicherung des Ministerpräsidenten in der Weise erfüllt werden soll, daß die Beteiligung von Juden bei der Durchführung öffentlicher Arbeiten ausschließlich auf Grund des Verhältnisses der jüdischen Beiträge zu den Einkünften Palästinas festgesetzt werde. Es wird hinzugefügt, das Versprechen MacDonalds sei dahin zu interpretieren, daß die Höhe des jüdischen Beitrags zu den Einkünften der Regierung bei der Festsetzung der jüdischen Arbeiterquote bloß mitberücksichtigt werden solle. Darüber hinaus stellt sich die Palästinaregierung nunmehr auf den Standpunkt,

daß die Beschäftigung jüdischer Arbeiter bei öffentlichen Arbeiten nur in jenen Distrikten möglich sei, die wie Jerusalem, Haifa und Jaffa eine gemischte Bevölkerung aufweisen,

und daß bei den dort durchgeführten öffentlichen Arbeiten schon jetzt Juden in beträchtlichem Ausmaß verwendet würden. Andererseits verspricht die Palästinaregierung anläßlich der Prüfung des Programms für die öffentlichen Arbeiten für 1933 und 1934, den Anteil jüdischer Arbeiter bei der Durchführung jeder einzelnen Arbeit im Sinne des Versprechens MacDonalds genau festzusetzen, wobei jedoch gleichzeitig auf die «rassische Zusammensetzung der lokalen Bevölkerung, die Art der Arbeit und den Preis der Arbeitskräfte» Bedacht genommen werden müsse.

Einwanderung und Kapitalszufluß

Im Zusammenhang mit der Erörterung der Maßnahmen, die ergriffen wurden, um im Lande «solche politische, administrative und wirtschaftliche Bedingungen zu schaffen, die die Errichtung des Nationalheims des jüdischen Volkes sichern sollen», wird berichtet, daß im Jahre 1932 6370 jüdische Personen zur Einwanderung nach Palästina zugelassen wurden. Von diesen waren 6200 Arbeiter und Arbeiterinnen, denen Einwanderungszertifikate zugeteilt worden waren. Außerdem wurden 3730 Personen, die schon früher als Touristen oder sonst zu vorübergehendem Aufenthalt

nach Palästina gekommen waren, als Einwanderer registriert, nachdem sie ihre Qualifikation für die Einreihung in eine der Einwandererkategorien nachgewiesen hatten. Ferner gab es eine beträchtliche Einwanderung von Personen mit eigenem Kapital.

Die Zahl der Einreisenden war 1932 um 15.908 größer als die der Ausreisenden.

253 Personen wurde die Einwanderung nach Palaestina verweigert, außerdem eine Anzahl von Pionieren im Laufe des Jahres deportiert, weil sie sich ohne Erlaubnis in Palästina aufhielten.

Kommunistische Partei und Biro Bidschan

Einem Wunsch der Permanenten Mandatskommission entsprechend erteilt der Jahresbericht der Palästinaregierung auch Auskunft über

den sogenannten „Exodus" von Palästinensern nach Biro-Bidschan.

Hierzu wird im Bericht ausgeführt, die Bewegnug, Juden in dieser Sowjetprovinz anzusiedeln, sei bald nach der im Jahre 1928 in Angriff genommenen Ansiedlung von Juden in der Krim organisiert worden. Den der Palästinaregierung zur Verfügung stehenden Informationen zufolge wurde 115 in Palästina ansässigen Personen (unter ihnen auch Armeniern) die Erlaubnis, sich in Biro-Bidschan mit ihren Familien niederzulassen, erteilt; von 66 Familien weiß man, daß sie nach Biro-Bidschan ausgewandert sind. Einige von ihnen sind inzwischen in ihre palästinensische Heimat zurückgekehrt.

Mit wenigen Ausnahmen handelt es sich um Mitglieder der Kommunistischen Partei Palästinas oder Personen die mit dieser Partei sympathisierten.

Derzeit haben die Sowjetbehörden die Wanderbewgung suspendiert. Man nimmt aber an, daß sie binnen kurzem wieder aufgenommen werden soll, und es heißt, daß einer weiteren Gruppe von 84 Personen in Palästina die Erlaubnis zur Einwanderung nach Biro-Bidschan gegeben wurde.

Die wirtschaftliche Lage

Der Bericht stellt fest, daß die wirtschaftlichen und fiskalischen Verhältnisse in Palästina im Vergleich mit der in den meisten Ländern herrschenden wirtschaftlichen Depression auch im abgelaufenen Jahre weiter günstig geblieben sind. In der Bautätigkeit in Jerusalem, Haifa und Tel-Aviv war kein Rückgang zu verzeichnen. Der Prozeß der Konsolidierung der einheimischen Industrie und der Eroberung von Absatzmärkten im Inland und in den Nachbarländern hält an, ständig werden neue Gebiete für die Citrus-Kultur herangezogen. Die Palästina-Orange findet in Europa einen sich ununterbrochen ausbreitenden Markt. Die Post wirft einen Jahresüberschuß ab, die Eisenbahnen gewinnen allmählich einen Teil des an den Straßentransport übergegangenen Verkehrs zurück.

Es wird angenommen, daß der Hafen von Haifa im Oktober 1933 für den allgemeinen Verkehr eröffnet werden wird; seine Fertigstellung ist schon so weit vorgeschritten, daß große Schiffe im Hafen landen und Orangenverladungen unmittelbar vom Quai aus vorgenommen werden konnten. Im September und Oktober ankerte im Hafen eine Flotille der englischen Mittelmeerflotte.

Die Pipe Line der Irak-Petroleum-Gesellschaft wurde bis zu einer ziemlich großen Entfernung in Transjordanien fertiggestellt. Die Hauptniederlassung der Gesellschaft in Haifa wurde errichtet und eine private Telefonlinie für sie gelegt.

Regierung und Agency.

Der Bericht gibt sodann einen Ueberblick über die Tätigkeit der Jewish Agency und geht über auf die von der Jewish Agency bei der Palästinaregierung erhobenen Vorstellungen, und zwar: betreffend die Entwürfe zur Einwanderungsverordnung, zur Unterrichtsverordnung und zur Verordnung über Bodenstreitigkeiten; die Bestimmungen der Unterrichtsverordnung wurden abgeändert, um gewissen von der Agency erhobenen Einwänden zu entsprechen.

Die Agency wurde ferner bei der Regierung im Zusammenhang mit der Zahl von Juden in der palästinensischen Polizei und im transjordanischen Grenzkorps vorstellig. In der Polizei ist das jüdische Element folgendermaßen vertreten: Offiziere 17 Prozent, Mannschaften 13 Prozent. Es wurden Schritte unternommen, weitere Juden ins transjordanische Grenzkorps einzureihen, das gegenwärtig 47 Juden zählt.

Nach einer Schilderung der Arbeitsverhältnisse des Landes und deer Gewerkschaftsbewegung werden schließlich die Regierungsbemühungen erörtert, die ausschließlich den Arabern gelten.

„Die landlosen Araber"

Bis zum 31. Dezember 1932 waren beim Landentwicklungs-Department 3188 Gesuche um Aufnahme in das Verzeichnis landloser Araber von Personen eingelaufen, die behaupteten, von dem von ihnen besetzten Boden dadurch entfernt worden zu sein, daß dieser Boden in jüdischen Besitz überging, und keine anderen Pachtungen oder eine in gleicher Weise zufriedenstellende Beschäftigung erhalten zu haben. Von diesen Gesuchen wurden 542 berücksichtigt, 2441 abgewiesen, 205 werden noch geprüft. Jedes Gesuch wurde vom «Legal Assesor», dem Präsidenten des Kreisgerichts von Nablus Richter H. A. Webb, überprüft, wobei der Jewish Agency die Möglichkeit zur Begutachtung unter Bezugnahme auf ihre Aufzeichnungen über die betreffenden Bodentransaktionen gegeben wurde.

Im Beisam-Subdistrikt hat die Palästinaregierung 5740 Dunam bewässerten Bodens mit einem Kostenaufwand von etwa 25.000 Pfund erworben, um dort die zu dem nördlichen Teil des Wadi Hawarith-Stammes gehörenden dislozierten Araber wieder anzusiedeln. Inzwischen werden etwa 3000 Dunam im Wadi Hawarith-Gebiet in der von der Regierung vom Jüdischen Nationalfonds übernommenen Pachtung von diesen Arabern weiter bebaut.

In einer Reihe von Dörfern in der Küstenebene wird gegenwärtig eine wirtschaftliche Untersuchung durchgeführt, um festzustellen, welche Bodenflächen in diesen Dörfern für Siedlungsverdichtung geeignet sind.

Die bisher von einem Beamten der Rechtsabteilung besorgte Registrierung der kooperativen Genossenschaften wurde einem besonders geschulten Registrator anvertraut, dessen erste Aufgabe es sein wird, gemeinsam mit dem Landentwicklungsbeamten kooperative Genossenschaften unter den arabischen Landwirten zu organisieren. Nach den Ergebnissen der Kooperativbewegung unter den jüdischen Siedlern zu schließen, dürfte dies ein wirksames Mittel darstellen, die arabischen Landwirtschaftsmethoden zu verbessern und das landwirtschaftliche Einkommen der Fellachen zu erhöhen.

Der Sportklub Hakoah gibt bekannt, daß der Tag des jüdischen Sports, der wegen des Regenwetters am letzten Sonntag abgesagt werden mußte, kommenden Sonntag, den 25. Juni mit dem vollen vorgesehenen Veranstaltungsprogramm stattfindet.

Eigentümer, Herausgeber, Verleger und für den Inhalt verantwortlich: Dr. Heinrich Glücker, Wien, 8., Lammgasse Nr. 10
Druck: Appel & Co., Wien, 9., Liechtensteinstraße Nr. 21
Alleinige Anzeigen-Annahme Anoncen-Expedition Heinrich Schalek, Wien, I., Wollzeile 11, Tel. R-26-0-81, R-26-0-82

Aus der jüdischen Welt

Auf einer unter dem Vorsitz von Morris Myer in London abgehaltenen Versammlung hielt der Präsident der Federation of Synagogues, M. H. Davis, eine Ansprache, in der er die Ansiedlung deutscher Juden in Palästina als den heute einzig möglichen Weg zur Lösung der durch die Veränderungen in Mitteleuropa entstandenen Probleme bezeichnete und erklärte, der Verband der Synagogengemeinden Englands habe in dieser Erkenntnis dem Jüdischen Nationalfonds ein Darlehen von 10.000 Pfund auf 30 Jahre gewährt, um dem Fonds seine Aufgabe, Land zur Ansiedlung deutscher Juden in Palästina zu erwerben, soweit dies in den Kräften des Synagogenverbandes steht, zu erleichtern; ferner habe der Verband einen Beitrag von 5000 Pfund für den Britischen Zentralhilfsfonds für deutsche Juden geleistet.

In Palästina, führte Präsident Davis aus, könnten die Juden ohne Furcht vor Massakkern und hemmenden Beschränkungen leben. Würde man Juden in größerer Anzahl in irgendeinem anderen Lande ansiedeln, so würden die Juden ihr Blut dafür hingeben, dieses Land zur Blüte zu bringen, um dann vielleicht einmal ebensolche Prüfungen durchzumachen und ebenso einem Druck ausgesetzt zu sein wie heute in Deutschland. (J. T. A.)

*

Hörer der Berliner Hochschule für die Wissenschaft des Judentums haben folgende Resolution gefaßt:

Die Hörerschaft der Hochschule für die Wissenschaft des Judentums beschließt, im Rahmen der pädagogischen Möglichkeiten die Vorlesungen in hebräischer Sprache abzuhalten.

*

Im amerikanischen Senat fand eine Aussprache über die Lage der Juden in Deutschland statt. Der Führer der demokratischen Regierungspartei Senator Robinson verlas eine Erklärung, in der unter Hinweis auf das Regierungsprogramm und die Auswirkung einer judenfeindlichen Gesetzgebung in Deutschland gebotene Schauspiel Abscheu und Entsetzen errege.

Die Ausführungen Robinsons wurden sowohl von der demokratischen als auch von der republikanischen Fraktion des Senats mit großem Beifall aufgenommen.

Nach ihm ergriffen die Senatoren Copeland, Metcalf, Walsh und Hatfield das Wort, um ihre Zustimmung zur Erklärung des demokratischen Fraktionsführers und ihre Bedenken hinsichtlich der Behandlung der Juden in Deutschland zum Ausdruck zu bringen.

*

Das polnische Unterrichtsministerium hat dem jiddischen Realgymnasium in Wilna, der einzigen derzeit in Polen bestehenden derartigen Lehranstalt mit jiddischer Unterrichtssprache, das Oeffentlichkeitsrecht verliehen und damit die Abgangszeugnisse dieser Anstalt denjenigen der staatlichen Mittelschulen gleichgestellt. Gleichzeitig erhielt auch das Wilnaer hebräische Gymnasium «Tarbuth» das Oeffentlichkeitsrecht.

*

Der Habima-Kreis in Palästina veranstaltet ein Preisausschreiben für ein Drama, das ein Thema aus Geschichte oder Gegenwart der Juden behandeln soll. Bedingungen für den Wettbewerb sind: Das Stück kann als Manuskript oder Druckschrift gesandt werden — womöglich in hebräischer Sprache. Der erste Preis für dasjenige Werk, das sich nach dem Urteil der Jury in künstlerischer und szenischer Hinsicht für eine Aufführung der Habimah eignet, beträgt hundert Pfund. Auch schon gedruckte Dramen, die von ihren Verfassern für eine Inszenierung in der Habimah bearbeitet werden, können den Preis erhalten. Dramen, die den ersten Preis nicht gewinnen, können trotzdem in den Spielplan der Habimah aufgenommen werden, und ihre Verfasser bekommen die in der Habimah üblichen Autorengebühren. Jeder Autor kann höchstens zwei Werke einsenden. Die Stücke müssen spätestens bis zum 30. Oktober 1933, dem Tage des 15jährigen Jubiläums der Habimah, eintreffen.

Dem Preisrichterkollegium gehören Ch. N. Bialik, J. Fichmann, F. Lachower, Sch. Perlmann, Sch. Tschernichowski und zwei Mitglieder der Habimah an.